



Dienstag, 06. Februar 2024, 17:00 Uhr
~9 Minuten Lesezeit

Das altgediente Totschlagwort

Der Begriff „Querfront“ wird bis heute genutzt, um unliebsame Bewegungen zu diskreditieren.

von Diether Dehm
Foto: mikute/Shutterstock.com

Wir kennen das: Sobald sich die Menschen bei einer Demonstration nicht ordentlich in „links“ und „rechts“

sortieren, handelt es sich um eine „Querfront“. Diese wird definiert als ein Angriff von zwei Seiten auf „unsere Demokratie“, also die vermeintlich gemäßigte demokratische Mitte. Mit diesem Framing können breite Bündnisse, zum Beispiel gegen den Krieg oder für Freiheit – Themen, die nun einmal nicht nur Menschen mit geschlossenem sozialistischem Weltbild interessieren –, wirksam delegitimiert werden. Die Vokabel nimmt auf die Zeit der sich anbahnenden Nazi-Diktatur Bezug. Allerdings wird die Historie dabei oft mächtig verdreht, denn die ursprüngliche „Querfront“ war nicht etwa ein Bündnis von Nazis und Kommunisten gegen die Mitte, welches es nie gab – vielmehr ging es um einen Zusammenschluss gegen Hitler. Diether Dehm setzt sich schon seit Längerem dafür ein, dass sich Linke auch mit Menschen austauschen sollten, mit denen sie sonst nicht sehr viel gemeinsam haben – um Schlimmeres zu verhindern. Tun sie dies nicht, folgen sie der Spaltungsstrategie des Establishments, und so hält sich dieses mit verheerenden politischen Folgen „ewig“ an der Macht.

Seit einigen Jahren bewerfen woke Medien Oppositionelle mit dem Sudelwort „Querfront“. Besonders Leute, die auf dem Boden des Grundgesetzes gemeinsam auf die Straße gehen. Für Meinungsfreiheit, Jobs und Löhne. Gegen Aufrüstung, Energie- und Lebensmittelverteuerung, Bauernsterben, Mittelstandspleiten und Coronalügen.

Kürzlich hat das Allensbach-Institut in Deutschland seit Beginn der

Aufzeichnungen den statistisch höchsten Wert an „Einschüchterung“ gemessen. Erzielt wird diese mit Cancel-Culture-Wortpatronen wie „Verschwörungstheoretiker“, „Corona-Leugner“, „Homophober“, „Querdenker“ und „Kreml-Versteher“. Auch damit, jeden als „Antisemiten“ zu diffamieren, der gerade den israelischen Bombenterror in Gaza kritisiert.

„Querfront“, so lügen antikommunistische Geschichtsklitterer, habe es einst von Ernst Thälmann bis Adolf Hitler gegeben. Und zwar zum Schaden von Arbeiterbewegung und Weimarer Demokratie. In Wahrheit aber war Thälmann nie zugelassen, als der letzte bürgerlich-demokratische Reichskanzler Kurt von Schleicher Ende 1932 den „linken Flügel“ der NSDAP um die Gebrüder Strasser sowie Sozialdemokraten und Gewerkschafter eingeladen hatte. Und zwar nicht *mit* Hitler, sondern „um Hitler zu verhindern“, wie der Historiker Georg Fülberth im *Freitag* (48/22) schrieb, „aber Industrie und Banken wollten Hitler“.

Schleicher nannte sich, gewiss auch aus machtpolitischen Motiven, einen „sozialen General“, stellte mehr gemeinsame Manöver von Reichswehr mit der Sowjetarmee als friedensbildende Maßnahme in Aussicht, bot den Gewerkschaften neue soziale Rechte und die Eindämmung des rechtsextremen Monopolkapitals um Krupp und Thyssen an. Goebbels verspottete ihn prompt als „roten General“.

Der von Schleicher eingeladene SA-Führer Gregor Strasser war zum innerparteilichen Gegner Hitlers geworden. Sein Bruder Otto war schon zwei Jahre zuvor aus der NSDAP ausgetreten. Zahlreiche prominente SA-Leute wie Bodo Use und der rechts hoch geachtete Offizier und Großbauer Richard Scheringer waren zuvor in die KPD übergetreten. Woken Geschichtsdeutern war diese „Querfront“ gleichwohl „der“ Sündenfall. Und die vielen Überläufer von rechts nach links diffamieren sie bis heute: „Einmal Nazi – immer Nazi“, denn Überläufer von rechts hätten doch nach wie vor ein „geschlossenes, rechtsextremes Weltbild“. Ein besonders infames

Dummwort! Wer von „geschlossenen“ Weltbildern schwadroniert, verabschiedet sich vom Prinzip der Aufklärung. Leider sind sogar linke Weltbilder brüchig!

Aber vielleicht war Schleichers „Querfront“-Versuch der letzte, Auschwitz und einen neuen Weltkrieg abzuwenden. Jedenfalls ließ Hitler Schleicher und Strasser ein Jahr später erschießen.

Die meisten Hitlergegner hatten seine Monstrosität unterschätzt. Die KPD bot bei der Wahl zum Reichspräsidenten 1932 nur ihren Vorsitzenden Thälmann gegen Hindenburg auf: kein sonderlich breites Personalangebot an weniger „klassenbewussten“ Hitlergegnern, keinen Ossietzky. Nichts für jenes bürgerliche Publikum, das gerade mit der Pleite kämpfen musste. „Kampflos, Genossen, habt ihr das Kleinbürgertum dem Faschismus überlassen!“, schimpfte Ernst Bloch später.

Die KPD hatte zwar vor 1927 die Notbremse gezogen und ihre Führung um die Ultralinken Ruth Fischer und Arkadi Maslow durch ein weniger sektiererisches Zentralkomitee ersetzt. Dessen Programm-Erklärung von 1930 „Zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ wurde auch Grundlage für Wahlerfolge, etwa bei der Reichstagswahl am 6. November 1932, wo die Nazis zwei Millionen Stimmen verloren, 700.000 davon an die KPD. Aber das ganz große, durch Finanzkrise und Arbeitslosigkeit überhöht-nationalorientierte Protestpotenzial vermochte die KPD der Rechten da schon nicht mehr zu entwenden.

Mit ihrem „Proletarismus“ – einer religiösen Verklärung – war die KPD auch nie zu einer populären Kraft der Arbeiterbewegung geworden, wie etwa die von August Bebel und Wladimir Iljitsch Lenin geführten Parteien. Ausgerechnet die KPD, deren Mitgliedschaft nur aus knapp über 10 Prozent LohnarbeiterInnen bestand, verengte Kultur- und Agitationsarbeit aufs

Industrieproletariat, vernachlässigte dabei Langzeitarbeitslose und Bauern. Zudem erleichterte sie mit Phrasenhaftigkeit („Sowjetdeutschland“, „Bolschewisierung unserer Partei“) ihren Gegnern die Propaganda, von Moskau ferngesteuert zu sein. Auch mit ihren früheren Fehlentscheidungen der letzten zwölf Jahre: zum Beispiel mit ihrer Namensgebung „Kommunistische Partei“ und bei ihrer Verweigerung der Wahlbeteiligung zur Nationalversammlung am 12. Januar 1919 – beides gegen den ausdrücklichen Rat von Rosa Luxemburg. Dann folgte der viel zu späte und zu zögerlich unterstützte Generalstreik gegen den rechtsextremen „Kapp-Putsch“ 1920.

Dazu kam die jahrelange Abgrenzerei gegen „Nationales“, „Kleinbürgerliches“ und „Sozialdemokratisches“ im Kampf gegen die imperialistischen Diktate des Versailler „Friedens“-Vertrags von 1919. Vieles davon führte dazu, dass trotz der Stimmenverluste der Nazis 1932 die Spaltung der Arbeiterklasse vertieft und so eine Volksfront unmöglich wurde. Dies festigte den Einfluß des profaschistischen Monopolkapitals, welches zudem dann noch in seiner „Harzburger Front“ auch Hitler-skeptische, petrochemische Konzernchefs neu begrüßen konnte. Die waren nach der Pleite ihrer Hausbank DANAT 1931 ökonomisch in schwere Schlagseite geraten. „Hitler – jetzt oder nie mehr! Sonst würde Schleichers Querfront putschen“ – das teilte Freiherr von Schröder dem Hindenburg mit, unmittelbar nach einem Treffen mit dem Wehrverband „Stahlhelm“ am 4. Januar 1933 in seinem Kölner Haus, wo sich Hitler „wirtschaftlich als einen Liberalen“ eingeschleimt hatte.

Monopolkapitalisten verziehen Hitlers Faschisten gerne ihre drei Lügen in einem Parteititel: „national“, „sozialistisch“, „Arbeiterpartei“. Wenn aber woke Nachrichtensprecher bis heute deren demagogischen Namen „die Nationalsozialisten“ kolportieren, betätigen sie sich nachträglich als Helfershelfer der Faschisten.

Geil darauf, vergessen zu machen, dass die „Nationalsozialisten“ alles Nationale in Schutt und Asche gelegt und Sozialisten hatten exekutieren lassen. Wer heute vom Nationalsozialismus redet, perpetuiert Nazi-Marketing, setzt nationalstaatliche Pragmatik mit nationalistischem Chauvinismus gleich und erleichtert es, Leute wie Sahra Wagenknecht als „Nationalsozialistin“ zu bashen.

Nation und Klassenkampf waren aber nie absolute Gegensätze. Was bereits Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ geschrieben hatten: nämlich dass im werktätigen Alltagsverstand und „der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein *nationaler*“ sei. Russische, chinesische, jugoslawische, italienische und japanische Antiimperialisten hatten sich so auch immer als proletarische und gleichzeitig als nationale Kraft verstanden. Genau das will der „Querfront“-Vorwurf heute unterbinden, gerade dort, wo sich kleineres Kapital regional aufstellt. Wohingegen transnational agierende Großkonzerne mit den „Bombengeschwadern des Kapitals“ (Brecht) „Failed States“ in Serie produzieren und eingerissene Nationalstaatsgrenzen als Geschäftsmodell betreiben.

Mittlerweile pocht der deutsche Mittelstand auf ein Zurück zum russischen Gas, während der transnationale US-Großinvestor BlackRock seine Aktienpakete an den Mordmaschinenherstellern Rheinmetall sowie Lockheed und an US-Frackinggas-Firmen ausbaut. Lenin hatte bereits zur eingreifenden Beobachtung von solcherlei Widersprüchen auf der Gegenseite gemahnt: Wer für die feinsten Risse darin kein Auge habe, hätte „vom Marxismus keinen Deut verstanden“. Dies stammt aus seiner Schrift gegen „Linksradikalismus“, die er besonders deutschen Linken gewidmet hatte. Denn hierzulande war es stets besonders schwer, den Hauptfeind auszumachen und Volkskräfte dagegen von links zu bündeln.

Auch damals – viel zu spät, 1935 erst – wurde auf dem VII.

Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau von dem bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff jene „Volksfront“ durchgesetzt, die Geschichtsklitterer eigentlich denunzieren, wenn sie über Querfront schimpfen. Demokraten von rechts bis links, Kommunisten und Sozialdemokraten – die sich wechselseitig als „rote Faschisten“ beschimpft hatten –, Kulturschaffende und Wissenschaftler, Angehörige verschiedenster Konfessionen waren längst eng beieinander – aber in Zuchthauszellen und Baracken der KZs. Bis eine andere, sehr breite Front sie befreien half: die Alliierten. Und die reichte von der Luftwaffe des Antikommunisten Winston Churchill bis zur Roten Armee Josef Stalins und dessen „Großem vaterländischen (!) Krieg“.

Der Führer der chinesischen Kommunisten Mao Zedong hatte Lenin und das „Kommunistische Manifest“ besser verstanden. Er knüpfte mit seinem Erzfeind Chiang Kai-shek und dessen Kuomintang-Partei ein Bündnis gegen die japanischen Nazi-Kriegspartner und mörderischen Besatzer Chinas. Mao appellierte 1944 öffentlich, „die Anstrengungen der Patrioten aller Parteien zur Rettung des Vaterlands zu vereinen“ (Mao, Ausgewählte Schriften Band 4, Dietz 1956, Seite 186).

Palmiro Togliatti war als Vorsitzender der italienischen KP sogar in die Regierung des „faschistischen Großrats“ unter Marschall Badoglio eingetreten, als dieser am 25. Juli 1943 Mussolini abgesetzt hatte. Diese „Wende“ der Kommunisten brachte Togliatti zwar eine Menge innerparteilichen Ärger, aber den zänkischen Partisanen in den Bergen die entscheidende Verbreiterung (1).

Und dann hatte es noch das Nationalkomitee Freies Deutschland gegeben, von dem aus Walter Ulbricht und Erich Weinert deutsche Wehrmachtssoldaten vor Stalingrad mit patriotischen Parolen zum Desertieren aufriefen – Basis der späteren Nationalen Front in der DDR, die auch gelegentlich mit Querfront verwechselt wird.

Wenn Sahra Wagenknecht heute elitäre Fans von Baerbock und Pistorius als „die Selbstgerechten“ kritisiert und die Grünen – nicht die AfD – als „die gefährlichste Partei im Bundestag“ benennt, wird auch ihr Wahlbündnis mit Querfront eingeschüchtert, bis es bei Kundgebungen mit allerlei rethorisch-braven Verrenkungen alle „Nach rechts Offenen“ des Platzes zu verweisen sucht.

Im Grunde geht es dem Querfront-Vorwurf darum, emotionale Positionen pro Nation und Heimat von Linken fernzuhalten. Das schrumpft Linke auf Uni-Hörsäle und öffnet den Rechten Festzelte und Plenarsäle. Dazu werden stets demagogisch chauvinistischer Nationalismus mit nationalstaatlicher Vernunft gleichgesetzt.

Dabei ist es hohe Zeit für neue Assoziationen auf der Straße gegen einen neuen Weltkrieg, wenn vom SPD-Fraktionssitzenden Rolf Mützenich („wieder friedentüchtiger werden“) über den Konservativen Roland Tichy bis zum rechten Verfassungsschützer Hans-Georg Maaßen für ein besseres Verhältnis zu Russland geworben wird. Hatte nicht nach den Mordaktionen der CIA beim Chile-Putsch 1973 bereits der Vorsitzende der italienischen Kommunisten Enrico Berlinguer gerade konservative „Konstitutionisten“ aufgerufen, ab jetzt vereinter für die Verfassung einzutreten in einem „Historischen Kompromiss“? Und so könnte nun auch hierzulande gegen die Aufrüstungsorgien mehr Demokratie gewagt werden und größere Breite. Außerparlamentarisch, aber auch beim Wahlkampf ums Europäische Parlament hat gerade das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) die Chance dazu vertan. Dem, der sagt, wir stünden mit einem halben Fuß im dritten Weltkrieg, steht Engstirnigkeit schlecht zu Gesicht.

Als Sahra Wagenknecht Die Grünen zur gefährlichsten Partei im Bundestag erklärte und nicht etwa die AfD, war dies ein Denkanstoß. Wer in der „Neuen Rechten“ hat derzeit überhaupt von

transnational agierenden Konzernen verliehenes Kapital, um zur Staatsmacht zu gelangen? Hingegen „Correctiv“ und die regimetreuen Demos der letzten Tage gegen das angebliche Potsdamer „Adlon-Gate“ hatten Soros- und Staatsknete in Hülle und Fülle.

Die Totschlagzeile „Querfront“ soll ein neues „Teile und herrsche!“ befördern.

Und wie unglaublich die von rosagrünlichen Medien und PolitikerInnen zur Schau getragene Abscheu gegen „Querfront“ ist, zeigt sich nicht nur im historischen Rückblick, sondern auch hochaktuell, wenn sie Selenskyjs Nazi-Milizen in Kauf nehmen, die den ukrainischen Judenschlächter Bandera bejubeln. Und wenn sie sich Netanjahu mit dessen Finanzminister Smorich andienen, der sich selbst als „homophoben Faschisten“ preist.

Dann drehen CDU-, SPD- und Grünen-Spitzen die Augen weg und bedienen lieber *ihre* „Querfront“ in Israel und der Ukraine mit Durchhalteparolen, mit der Überschallrakete Dark Eagle und mit Merkava-Panzern.

Der antifaschistische Dichter Ignazio Silone hatte einst prophezeit, ein neuer Faschismus stiege wieder auf mit dem Ruf „Ich bin der Antifaschismus!“. Und der kannte die Woken noch gar nicht.

<https://www.buchkomplizen.de/bella-ciao.html>

Hier können Sie das Buch bestellen: „Bella Ciao“

<https://www.buchkomplizen.de/bella-ciao.html>“



Diether Dehm, Jahrgang 1950, ist promovierter Psychosomatiker, Musiker und Autor. Er war 16 Jahre lang Mitglied des deutschen Bundestages für SPD und Die Linke. Er ist als Theater-, Musical-, Romanautor und Liederschreiber unter anderem für Klaus Lage, bots, Joe Cocker, Katarina Witt, Ute Lemper, Giesela May, Dieter Hallervorden, Udo Lindenberg, Zupfgeigenhansel, Heinz Rudolf Kunze, Uwe Steimle, Reiner Kröhnert tätig. Seine bekanntesten Werke sind „Tausendmal berührt“, „Faust auf Faust“, „Was wollen wir trinken 7 Tage“, „Das Weiche Wasser“ und „Monopoli“. Er hat kürzlich bei seinem Hit „Tausendmal berührt“ den Showstar Florian Silbereisen verpflichtet, nicht länger aus woken Gründen auf das Wort „Indianer“ zu verzichten.